Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. Februar 193

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Neue Protektionsblüten.

Die Schwerindustrie fordert Metallzölle.

SPD. Der Zollprotektionismus treibt weiter Blüten. Jetzt fordern die deutschen Metallerzeuger Metallzölle. Während bisher der übersteigerte Protektionismus wenigstens vor den industriellen Grundstoffen halt machte, propagieren die Interessenten jetzt sogar Zölle auf die wichtigsten Nichteisenmetalle, also auf Blei, Zink und Kupfer.

Massgebend sind dabei die beiden grossen Zinkkonzerne, Stolberger Zink und die Gieschegesellschaft. Im Verein mit den Lohnhütten verlangen sie einen Zinkzoll von nicht weniger als 100 Mark pro Tonne (50 % des gegenwärtigen Preises); für Blei sind gleichfalls hohe Zollforderungen laut geworden und der "Deutschen Bergwerks-Zeitung" blieb es vorbehalten, für die Schaffung eines Kupferzolles eine Lanze zu brechen. Diese neue Zollwelle wird mit dem Tiefstand der Metallpreise und den ungünstigen Rückwirkungen der Pfundentwertung auf die Metallproduzenten begründet. Zugleich wird behauptet, dass durch einen derartigen hohen Zollschutz der Metallbedarf der verarbeitenden Industrien in grösserem Umfange aus eigener Produktion gedeckt werden könnte.

Angesichts der letzten Argumentation muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass eine Selbstversorgung der deutschen Wirtschaft in Metallen völlig ausgeschlossen ist. Der deutsche Kupferbergbau deckt im besten Falle nur 10% des deutschen Kupferbedarfs und kann überhaupt nur mit Hilfe riesiger Staatssubventionen und unter grössten Opfern der Belegschaft aufrecht erhalten werden. Von dem deutschen Verbrauch an Blei wird nur etwa ein Viertel aus der einheimischen Erzproduktion gedeckt. Für Zink ist die deutsche Erzbasis breiter, da die Bergwerke des Gieschekonzerns im Reichsgebiet - Oberschlesien - verblieben sind. Gerade darauf verweisen die Interessenten. Deshalb ist eine Auseinandersetzung mit ihnen notwendig, während man wohl die Zollforderungen für Blei und Kupfer angesichts der tatsächlichen Versorgungslage nicht ernst nehmen und auch nicht ernsthaft diskutieren kann.

Es soll nicht geleugnet werden, dass der Metallbergbau sich infolge des Preissturzes in einer schwierigen Lage befindet und dass sich die Situation der noch nicht stillgelegten Lohnhütten immer schwieriger gestaltet. Die neuen Zollforderungen sind aber wohl ausgelöst durch die besondere Zuspitzung beim Gieschekonzern, die man im Rahmen der gesamten oberschlesischen Montanindustrie betrachten muss. Nun liegen die Dinge beim Gieschekonzern so, dass die von Giesche in Deutschland geförderten Erze in polnischen Zinkhütten verarbeitet werden. Auf Grund der Genfer Konvention haben diese polnischen Zinkhütten bis zum Jahre 1937 das Recht, Zink zollfrei nach Deutschland abzusetzen. Selbstverständlich haben die polnischen Hütten das grösste Interesse an höheren Preisen und hohen Zöllen in Deutschland.

Es wäre aber völlig verkehrt, wenn man diesen Interessentenforderungen nachgeben würde. Dagegen sprechen grundsätzliche Bedenken. Durch Rohstoffzölle würde man nicht nur die deutsche Verarbeitung schädigen und den deut-

schen Export, sondern es müssten sich auch handelspolitische Rückwirkungen ergeben; in der Frage der Zinkzölle u.a. mit Belgien, das zu jenen Ländern gehört, mit denen Deutschland zurzeit ungetrübte Wirtschaftsbeziehungen unterhält. Welches Interesse haben wir aber daran, unsere verarbeitende Industrie weiter zu belasten und unseren Export weiter zu drosseln?

Man muss dabei bedenken, dass die zinkverarbeitenden Industrien, die Zinkwalzwerk und die Messing- und Metallwarenindustrie bedeutend mehr Arbeiter beschäftigen als die Zinkproduktion. Diese Industrien sind aber stark auf den Export angewiesen. Ausfuhrrückvergütungen in der Art, wie sie seit Jahren in der Eisenindustrie üblich sind und die die Zinkindustrie möglicherweise zugestehen wird, sind angesichts der Mannigfaltigkeit der Zinkverwendung praktisch undurchführbar. Mit dem ganzen System der Rückvergütungen hat auch die verarbeitende Industrie überhaupt keine guten Erfahrungen gemacht. Selbst wenn man die Halb- und Fertigfabrikate in den Zollschutz einbezieht, wird das ganze Projekt nicht schmackhafter; denn mit solchen Methoden kann man bestenfalls - unter schweren handelspolitischen Schäden - die geringe Einfuhr verhindern, aber niemals die grosse Fertigwarenausfuhr der Metallindustrie behaupten.

Angesichts eines Arbeitslosenheeres von 6 Millionen kann man sich unmöglich eine systematische Ausfuhrschädigung leisten. Deshalb muss die Reichsregierung diese schädlichen Zollwünsche von vornherein mit Entschiedenheit zurückweisen.

SPD. Genf, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat befasste sich am Sonnabend in einer ausserordentlichen Sitzung mit dem Memelkonflikt. Den Bericht über den gegenwärtigen Stand des Konfliktes erstattete der Norwege Colban.

Colban bezeichnete das Problem als sehr schwierig. Deutschland habe vorgebracht, der Präsident des Direktoriums sei entgegen den Bestimmungen abberufen worden. Aber es stehe fest, dass die Verfügungen der Pariser Konvention vom 8.Mai 1924 und ihr Anhang das Recht des Gouverneurs nicht ausschliessen, in bestimmten Fällen das Direktion abzuberufen und dass im vorliegenden Falle Herr Boettcher ganz regulär abgerufen worden sei; da er sich nach Ansich der litauischen Regierung Befugnisse angemasst habe, die der Zentralgewalt zuständen und Boettcher insofern das Memelstatut verletzt habe. Die beiden Statuten stimmten also nicht miteinander überein. Der Rat habe mit Befriedigung festgestellt, dass die litauische Regierung alle Verpflichtungen aus dem Memelstatut auf sich nehmen wolle und Bemühungen übernehme, um ein Direktorium unter den Bedingungen zu bilden, die im Memelstatut vorgeschrieben seien. Es bleibe deshalb nicht ausgeschlossen, dass der anormalen Situation in kürzester Zeit ein Ende gemacht werden müsse. Diese Situation verlange dringende Massnahmen, um jede Erschwerung auszuschliessen . Die Bildung eines Direktoriums aus Männern, die das Vertrauen des Landtags besitzen, sei unbedingt notwendig. Dieses Direktorium müsse sich ohne Verzug der Kammer stellen. Es müsse dies auch geschehen vor Ablauf der im Artikel 17, Abschnitt 2 des Statuts vorgesehenen äussersten Zeitgrenze. Der Rat sei sehr begierig darauf, im Territorium von Memel das Funktionieren des Statuts auf normale Weise verwirklicht zu sehen. Diese sofortigen Massnahmen änderten nichts an der Legitimität der Abberufung des Herrn Boettcher. Es müsse nur noch untersucht werden, ob die Umstände, die zu dieser Abberufung geführt hätten, die Ausübung des Abberufungsrechtes gerechtfertigt hätten. Um diese Fragen zu entscheiden, habe er (der Berichterstatter) zunächst daran gedacht, den Rat um Anrufung des Haager Gerichtshofes zu bitten. Aber er würde das nur tun, wenn im Rat nur eine Mehrheit für seinen Bericht zustande käme. Im Falle der einstimmigen Annahme würde er sich damit begnügen, dass die Signatarmächte der Memelkonvention untereinander die aufgeworfenen Rechtsfragen verhandeln und zwar auf der Grundlage des Abschnitts 2, Artikel 17 der Memelkonvention.

Der litauische Aussenminister lehnte die wichtigsten Partien des Berichts ab. Sie betreffen die dringenden Massnahmen und die Vorstellung des neuen Direktoriums im Landtag. Die litauische Regierung sei bemüht, gemäss dem Memel Statut ein Direktorium zu bilden. Dieses werde sich dann dem Landtag vorstell

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Bülow legte im weiteren Verlauf der Sitzung nochmals die nach deutscher Ansicht vorliegende Rechtsverletzung dar. Die Schwierigkeiten hätten seit Beginn des Regimes Merkys stark zugenommen. Unterdrückung jeder Freiheit, militärische Besetzung, Kriegszustan und Eingriffe in die Justizfreiheit seien im Memelland an der Tagesordnung. Die Absicht Litauens gehe dahin, den jetzigen Landtag mit seiner starken deutschen Mehrheit aufzulösen um unter dem geschilderten militärischen Druck einen neuen Landtag wählen zu lassen. Litauen habe auch bisher mit Gewalt verwehrt, dass Memelvertreter selbst vor den Rat kommen konnten, um ihre Sache zu vertreten. Der Bericht betone, dass die Rechtsfrage erst entschieden werden müsse, bis dahin aber müsse ein dem Statut entsprechendes Direktorium gebildet werden. Den Bericht könne der Rat nicht einstimmig annehmen. Die deutsche Regierung beantrage daher eine Willensäusserung mit Mehrheit zu formulieren. Litauen habe die Anrufung des Haager Gerichtshofes abgelehnt, obwohl es das Haager Statut unterzeichnet habe. Deutschland forderte den Rat auf, nicht in der Wahrung der Völkerbundspflichten zu versagen. Es habe keinen Zweck, sich über den Ernst der Lage zu täuschen. Der Rat werde weder die Öffentlichkeit noch die Memelländer täuschen. Sollte der Artikel 17 nur ein Trugbild sein, so ersuche Deutschland zugleich die Signaturmächte ihre übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie könnten die Sache vor den Haager Gerichtshof bringen. Davon müssten sie Gebrauch machen. Sie seien verpflichtet, dem Memelland eine Verwaltung zu geben, die dem Willen der Bevölkerung entspreche.

Der Berichterstatter Colban bestritt, dass der Rat bei der Ausübung seiner Prozedur gescheitert sei oder gar seine Pflicht nicht erfüllt habe. Der litauische Aussenminister protestierte gegen von Bülows "Einmischung in Litauens innere Angelegenheiten", als sei der Vertreter Deutschlands der berechtigte Wortführer des Memellandes, das einen festen Bestandteil des litauischen Staates bilde. Ebenso protestierte Zaunius gegen die Unterstellung, Litauen lehne die internationale Rechtsprechung ab. Sein Land beachte genauenstens alle internationalen Verpflichtungen. Der englische Delegierte unterstützte den Bericht Colbans. Er werde Deutschlands Appell an die Signatarmächte, an seine Regierung weitergeben und versichere, dass er dort mit wärmsten Interesse geprüft werde.

SPD. Breslau, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Die blutigen Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern, die sich am Freitag abend im Anschluss an eine Betriebszellenversammlung der NSDAP in Saarau Kreis Schweidnitz abspielten, sind, wie auch von der Landjägerei eindeutig festgestellt werden konnte, von den Nazis mit voller Absicht herbeigeführt worden.

Die Versammlung, an der etwa 600 Personen teilnahmen, war bis zum Eintreffen der aus Schweidnitz und Striegau planmässig zusammengezogenen SA-Leute störungslos verlaufen. Ein sozialdemokratischer Diskussionsredner wurde ruhig angehört. Als dann ein Kommunist das Wort ergriff, erscholl der Ruf: SA vor! Daraufhin versuchten die auswärtigen SA-Mitglieder in den Saal einzudringen. Als ihnen das von Polizeibeamten verwehrt wurde, warfen sie Steine, Knüppel und Flaschen durch die Fenster in den Versammlungsraum. Sofort entstand ein unübersehbarer Tumult. Die Arbeiter verteidigten sich entschlossen gegen die nationalsozialistischen Angreifer. In der Nähe des Lokals entwickelten sich schwere Schlägereien, in deren Verlauf ein Polizeibeamter durch Flaschenwurf schwer verletzt wurde. Schliesslich konnten die Nationalsozialisten von den Landjägern abgedrängt werden.

In der Stadt kam es dann später beim Abmarsch der Schweidnitzer Nazis nochmals zu Handgreiflichkeiten, sodass die Polizei von den Schusswaffen Gebrauch machen musste. Der Hauptzusammenstoss erfolgte an einem Bahnübergang der Konradswaldauer Strasse. Ein in Gruppenkolonne marschierender Trupp von 60 bis 70 Schweidnitzer SA-Leuten stürzte sich nach dem Kommando: Links schwenkt marsch! auf einen Trupp von etwa 25 Arbeitern und schlug sofort brutal auf diese ein. Der Sturmführer, der den Ueberfall auf die Arbeiter durch seinen Befehl ausgelöst hatte, wurde im Handgemenge erschlagen. Ausserdem trugen 3 SA-Leute schwere Verletzungen davon. Auf der Seite der Arbeiter wurde ein völlig unbeteiligter Reichsbannermann schwer verletzt.

SPD. Hannover, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Der politische Redakteur des hannoverschen Hugenberg-Blättchens wurde wegen Beleidigung des preussischen Justizministers Dr. Schmidt zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der deutschnationale Verleumder hatte dem preussischen Justizminister nachgesagt, er habe seinen erst 35 Jahre alten Bruder unberechtigterweise zum Landgerichtspräsidenten ernannt. Das Gericht hielt eine hohe Strafe für angebracht weil der Angeklagte bereits mehrfach vorbestraft ist und weitere Verfahren gegen ihn schweben. In einer voraufgehenden Verhandlung war der Hugenbergsche Verleumder wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kuttner zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

SPD. Die Nazis in Rotenburg in Hessen haben den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann zur Teilnahme an einer ihrer Versammlungen eingeladen mit dem Angebot einer halbstündigen Redezeit. Die Nazis bemerken in ihrem Einladungsschreiben, dass sie den Wunsch hätten, Scheidemann nicht nur zu hören, sondern sie wollten auch ihrem eigenen Redner einen ebenbürtigen Gegner entgegenstellen. Auf dieses Schreiben hat Scheidemann geantwortet:

"Die Gelegenheit, mich in Rotenburg zu hören, haben Sie schon oft gehabt. Leider haben Sie sich jedesmal benommen wie gewisse Geschöpfe, die man normalerweise in Menagerien oder in Zoologischen Gärten unterzubringen pflegt. Wenn die Rotenburger Nazis für ihren Redner einen ebenbürtigen Gegner wünschen, dann sollten sie sich an eine der Säuglingsfürsorgen wenden. Da gibt es die besten Schreihälse."

SPD. Neuwied, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Neuwied wurde ein Polizeibeamter von der Menge tätlich bedroht. Als er sich mit dem Gummiknüppel nicht mehr wehren konnte, gab er Schreckschüsse ab. Ein Arbeiter wurde am Kopf schwer verletzt.

SPD. Braunschweig, 20.Febr. (Eig.Drahtb

Der deutschnationale Minister Dr. Küchenthal erklärte am Sonnabend auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Thielemann, dass Hitler bisher weder Reichsratbevollmächtigter, noch Professor für angewandte Pädagogik geworden sei, noch einen anderen Beamtenposten in Braunschweig erhalten habe. Auf die Frage, ob eine Ernennung oder eine Einbürgerung für die näch

ste Zeit geplant sei, erklärte Küchenthal, darüber leider noch keine Auskunft geben zu können.

Es ist also damit zu rechnen, dass Hitler demnächst durch eine Schiebung die braunschweigische Staatsbürgerschaft zugeschanzt werden soll.

SPD. Stuttgart, 20.Febr. (Eig.Drahtb.)

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Stuttgart bestätigte der Nazi-Stadtsekretär Sauer, dass die Saalschlacht in der demokratischen Versammlung am vergangenen Montag von Nazis organisiert war, indem er erklärte, "diese Aktion sei gut gewesen, denn der Zweck heilige hier die Mittel. Wenn heute die Demokraten wieder eine Versammlung anberaumen, dann geht aus Angst vor Zusammenstössen kein Mensch mehr hin. Und das ist doch auch etwas wert."

Ueber Hindenburg führte Nazi-Sauer aus: Wenn Hindenburg gesagt habe, dass er nur aus Treue und Pflichtbewusstsein dem deutschen Volk gegenüber wieder zur Reichspräsidentschaft kandidiere, so sei dem ein Ausspruch von York entgegenzuhalten, dass sich hinter der Treue oft nur die Feigheit vor einem neuen Entschluss verberge. Der Reichswehroberst von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, sei als Leuteschinder bekannt. Oberst Hindenburg wolle es nur noch zum General bringen. Das könne ihm aber nur gelingen, wenn sein Vater noch einmal Reichspräsident werde.

Die Zensoren des Stuttgarter Polizeipräsidiums, die auf massvolle Bemerkungen der sozialdemokratischen Presse äusserst nervös reagieren, haben die Aussagen des Nazi-Stadtsekretärs in der Nazi-Presse ungehindert passieren lassen.

SPD. Frankfurt/M., 20.Febr. (Eig.Dr.)

In Offenbach am Main kam es im Anschluss an eine Versammlung der Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Drei Nationalsozialisten wurden durch Messerstiche erheblich verletzt.

SPD. Genf, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend zum Memelkonflikt einen Bericht angenommen, der den Signatarmächten des Memelstatuts überlässt, die Fragen nach dem Recht des Gouverneurs auf Abberufung des Direktoriums und nach der Untersuchung der Vorgänge vor dessen Absetzung dem internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten. Da Litauen die beiden einzigen Verpflichtungen, die der Bericht für es enthält, ausdrücklich ablehnte, so ist es bis zu einem eventuellen Eingreifen der Garantiemächte für das Memelstatut zu nichts verpflichtet.

SPD. Darmstadt, 20.Februar (Eig.Drahtb.

Von den 28 nationalsozialistischen Abgeordneten des Hessischen Landtags sind nicht weniger als drei wegen ehrenrühriger Delikte schwer vorbestraft und zwar einer wegen Beihilfe zum Betrug zu 6 Wochen Gefängnis, der andere mit 2 und 5 Monaten Gefängnis wegen qualifizierten Diebstahls und der dritte zu vier Monaten Gefängnis wegen eines Sittlichkeitsverbrechens.

SPD. London, 20.Febr. (Eig.Drahtb.)

Der erste Tag der Schlacht um Schanghai endete mit einem Teilerfolg der Japaner. Die japanischen Truppen stiessen von Norden her auf Schapei vor. Nach der Vorbereitung des Kampfes durch Artillerie und Flieger griffen sie Kiangwan, einen zwischen Woosung und Schanghai gelegenen Ort, mit Tanks und unter dem Schutz von künstlichen Rauchwolken an. Die Chinesen leisteten verzweifelten Widerstand. Er war zunächst so erfolgreich, dass die Japaner zurückgetrieben wurden und ein japanisches Regiment Gefahr lief, völlig aufgerieben zu werden. Die japanischen Reserven trafen aber rechtzeitig zum zweiten Vorstoss ein und nach dreistündigem Handgemenge befanden sich die Chinesen im Rückzug.

Die japanische Front ist also, in der Sprache der Kriegsberichte zu sprechen, im Laufe des Tages um acht Kilometer vorverlegt worden. Die Japaner konzentrieren nun ihre Geschütze auf Schapei. Die Ueberlegenheit ihrer Bewaffnung beginnt sich trotz des grossen Mutes der Chinesen immer deutlicher geltend zu machen. Der Plan der Japaner ist, die Chinesen bis an die Nordgrenze der Siedlung zurückzutreiben. Hierin liegt auch die Hauptgefahr für die internationale Siedlung. Ihre Bewohner gingen am Sonnabend den Geschäften nach. Ausser dem Donnern der Geschütze und dem Knattern der Maschinengewehre fielen nur vereinzelt Geschosse in die internationale Siedlung. Ein Schrapnell flog mitten in eine Schar spielender Kinder. Zum Glück explodierte das Geschoss aber nicht.

In London haben mehrere Minister auf das Wochenende verzichtet und bleiben zur Verfügung für den Fall, dass plötzliche Beschlüsse gefasst werden müssen.

SPD. Paris, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Kundgebungen nationalistischer Studenten gegen den Senat scheinen zu einer täglichen Einrichtung zu werden. Am Sonnabend-Mittag versuchten mehrere Studentengruppen von verschiedenen Punkten der Stadt aus bis zum Senat vorzudringen. Sie wurden von der Polizei auseinandergesprengt. Am Montparnasse Bahnhof kam es dabei zu einem heftigen Handgemenge. Hier wurden drei Studenten verhaftet.

SPD. Paris, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Meldung einer in Paris erscheinenden amerikanischen Zeitung, dass sich das Befinden Briands plötzlich verschlechtert habe, wird von einem Freund des früheren Aussenministers, der noch am Freitag mit ihm in Cocherel zusammen war, kategorisch dementiert. Das Befinden Briands habe sich im Gegenteil ständig gebessert. Briand werde sich jedoch inder nächsten Zeit völlig vom politischen Leben zurückhalten.

SPD. Paris, 20.Februar (Eig.Drahtb.)

Der Präsident der Republik beauftragte am Sonnabend-Nachmittag Tardieu mit der Kabinettsbildung. Tardieu hat den Auftrag im Prinzip angenommen und sofort im Kriegsministerium mit den Verhandlungen über die Zusammensetzung des Kabinetts begonnen.

Für den bisherigen Kriegsminister besteht nur die Möglichkeit, ein Rechtskabinett ähnlich dem Kabinett Laval zu bilden. Jeder Versuch, ein Konzentrationskabinett zu schaffen, würde an der kategorischen Weigerung der Radikalen, in ein Kabinett unter Führung Tardieus einzutreten, scheitern; denn Tardieu ist der Hauptverantwortliche für das Nichtzustandekommen eines Konzentrationskabinetts Painlevé.

Die Hauptschwierigkeit für ein Rechtskabinett Tardieu wird darin bestehen, eine Verständigung zwischen der Kammer und dem Senat zu erreichen. Diese Schwierigkeit wird sich, wie ein hervorragendes Mitglied des Senats dem Pariser Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" am Sonnabend-Abend erklärte, nur dadurch aus der Welt schaffen lassen, dass die neue Regierung die Verpflichtung übernimmt, das bisherige Wahlgesetz in Kraft zu lassen und die Neuwahlen so schnell wie möglich anzuberaumen. Andernfalls würde der Senat die Regierung Tardieu genau so wie die Regierung Laval stürzen. Alsdann bliebe nur noch die Auflösung der Kammer übrig, über die, wie der Senator hinzufügte, leicht eine Einigung zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Senat zu erzielen sein würde.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Verordnung über die Bierpreissenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt, und zwar nach Massgabe der vom Preiskommissar erlassenen Ergänzungsverordnung, wonach die örtlichen Behörden Härten ausgleichen können.

Die Reichsregierung hält im Gesamtrahmen des Bierpreisproblems auch die Inangriffnahme des Getränkebesteuerungssystems für nötig; denn die Finanzlage erfordert es, dass das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Etats dafür angesetzt war. Diese Ansätze würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe, die übrigens bei der gegenwärtigen Kaufkraftlage der Bevölkerung auch wirtschaftlich und steuerlich nachteilige Wirkungen für das Gastwirtsgewerbe, die Brauereien und die mit dem Braugewerbe zusammenhängenden Gewerbe hat, jetzt bestehen bliebe. Aus diesem Grunde ist spätestens zum 1.April 1932 eine entsprechende Biersteuersenkung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

SPD. Das Deutsche Generalkonsulat Shanghai hat wie die englischen und amerikanischen Behörden jetzt Vorbereitungen für eine etwa notwendig werdende Abreise deutscher Reichsangehöriger, besonders von Frauen und Kindern, getroffen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Verkehrsinseln im Atlantik!

Neuer Schritt vorwärts zum regelmässigen Flugverkehr nach Südamerika.

SPD. Im Laufe dieses Jahres soll durch die deutsche Lufthansa der ständige Flugdienst zwischen Europa und Südamerika eröffnet werden. Zur Erhöhung der Sicherheit ist geplant, auf der Fahrtstrecke Schiffsinseln zu stationieren.

Um die Jahrhundertwende vegetierte Südamerika im Schatten des Yankeelandes Alle Beziehungen zur internationalen Politik, zum Handel, zur kapitalistischen Kultur und Wirtschaft regelte ausschliesslich der Dollar. Selbst die Ausmasse der zahlreichen politischen Eruptionen dieses Erdteils wurden mehr oder weniger vom Kursstande des Oels, Kautschuks, Kaffees und des Goldes an der New=Yorker Börse bestimmt.

Die Zeiten haben sich gründlich geändert. Südamerika ist selbständiger Wirtschaftskontinent geworden. Die grossen Handelsmächte der Erde versuchen immer näher an den für die kapitalistische Kultur immerhin noch jungfräulichen Erdteil heranzukommen. Seit einer Reihe von Jahren ist der Schiffsverkehr nach den Südstaaten Amerikas stetig im Steigen begriffen. Vor 1910 zum Beispiel fuhren auf der Südamerikaroute nur Frachtschiffe unter dreitausend Tonnen Raumgehalt, heute hat sich die Tonnagezahl verdreifacht. Gerade auf den südlichen Strassen des Ozeans verspürt man die wachsende politische, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung dieses Kontinents.

Selbst die Luftfahrt, die modernste technische Errungenschaft des Weltverkehrs, wittert Morgenluft. Es ist weder Zufall, noch einfache nautische Erkenntnis gewesen,dass gerade das Luftschiff "Graf Zeppelin" am häufigsten seine Transozeanfahrten in der Richtung auf Südamerika ansetzte. Das Projekt einer ständigen Fluglinie, für Passagiere und Postfracht,zwischen Europa und Südamerika war eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden und es galt, durch die Fahrten des "Graf Zeppelin", des "D.O.X" usw. die nautischen und flugtechnischen Voraussetzungen zu erkunden, die einen solchen ständigen Flugverkehr sicherten.

Bisher scheiterte die endgültige Lösung der ständigen Flugverbindung an der geringen Wirtschaftlichkeit. Direkte Flüge von Berlin,Paris oder einem portugiesischen Flughafen aus belasteten die Flugschiffe und Flugboote so sehr mit Eigenballast,dass für wirtschaftliche Nutzlast kaum genügend Raum blieb. Flüge in Etappen über die Canarischen= und brasilianischen Inselgruppen änderten auch daran wenig, zumal ein anderer Faktor bei solchen Flugstrecken eine ungeheure Rolle spielt: die Sicherheit! Die Frage der Flugsicherheit ist für den Passagier= und Frachtverkehr im Flugzeug von ausschlaggebender Bedeutung - besonders auf der Südamerikaroute, deren Wetterlagen cyklonische Stürme, Regen und Nebelböen nicht ausschliessen. Nun hat in engster Zusammenarbeit mit britischen und französischen Fluggesellschaften die deutsche Lufthansa ein Projekt aufgegriffen,das geeignet ist,die Flugsicherheit auf dieser Strecke so zu erhöhen,dass der ständige Flugverkehr zwischen Europa und Südamerika schon in diesem Jahre Wirklichkeit werden soll.

Die Flugroute wird drei Etappen haben. Die erste Etappe gilt als Festlandsflug, sie führt von Europa nach der afrikanischen Küste zum Flughafen in Britisch=Gambia, der westlichsten Spitze des afrikanischen Erdteils. Die zweite

Etappe führt direkt über den Ozean, zweitausend Kilometer über Wasser, bis Insel San Paul. Die dritte ist See= und Festlandsflug. Von San Paul über Fernando de Noronha nach Natal, der östlichsten Spitze Südamerikas, und von dort an der Küste entlang nach Pernambuco. Für die erste und dritte Etappe gibt es kaum noch wesentliche Schwierigkeiten. Anders auf der Seeflugstrecke. Rund zweitausend Kilometer müssen hier durchflogen werden: ohne Landemöglichkeiten, ohne die Möglichkeit der Betriebsstoffergänzung. Es handelte sich zuerst darum, einen Weg zu finden, diesen Seeweg zu "verkürzen", um die Nutzlast der Flugboote erhöhen und damit die Flüge erst rentabel machen zu können. Diese Voraussetzungen hat die Lufthansa geschaffen. Auf der Route der Seeflugstrecke werden ein oder auch mehrere Flugzeugmutterschiffe stationiert werden, die, schwimmende Verkehrsinseln, den Flugbooten grössere Sicherheit und kürzere Etappen im Seeflug ermöglichen. Bei der Stationierung solcher schwimmenden Inseln ergeben sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Erstens muss die Frage der sicheren Landemöglichkeit für die grossen Flugboote geklärt werden. Die zweite Frage ist die nach geeigneter Startmöglichkeiten von Schiffen aus. Und drittens besteht die wesentlichste Schwierigkeit in der sicheren Verankerung der schwimmenden Etappen.

Die Landung auch grösster Flugboote, wird bei den Flugzeugmutterschiffen technisch ermöglicht durch das sogenannte Kilwusche=Stausegel. Bei schwerster See können auf diesem Segel grosse Flugboote landen, ohne dass sie Gefahr laufen zu kentern. Um den Start vom Schiffe aus zu ermöglichen, sollen grosse Katapulte eingebaut werden, mit denen die Flugboote genau so abgeschlossen werden, wie die kleinen Postflugzeuge des Riesendampfers "Bremen". Für die sichere Stationierung der schwimmenden Inseln, und zwar so, dass sie auch beim Versagen der Funkpeilung, bei schwierigem Wetter, durch die Flugzeuge sicher angesteuert werden können, gibt es noch keine Methode. Zwar ist jedes Schiff durch eigne Maschinenkraft in der Lage, bestimmte Seepositionen zu halten oder sich bei Abdriften schnellstens wieder in Position zu bringen, aber der transozeanische Flugdienst erfordert ausser Treibankern und relativer Maschinensteuerung doch noch andere Garantieen für das sichere Auffinden der Mutterschiffe, denn schon bei zwei Strich ausser Kurs muss das Flugboot im wenig sichtigen Wetter die Seestation verpassen. Feste Verankerung der schwimmenden Verkehrsinseln ist bei der Beschaffenheit des Meeresgrundes und bei der vorherschenden Tiefe in diesen Breiten ausgeschlossen. Mit den wenigen Flugzeugmutterschiffen der britischen und amerikanischen Kriegsmarinen hat man noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt, um eine allseitig befriedigende Lösung finden zu können.

Wie dem aber auch sei: der atlantische Flugverkehr wird Tatsache werden. In naher Zukunft werden schwimmende Verkehrsinseln zwischen San Paul und den Canarischen Inseln hin= und herpendeln, und der "braune Erdteil" wird um viele Tage näher an Europa gerückt werden, trotz der Last dieser Weltkrise, trotz grosser technischer Hemmungen.

W.S.

\+ + +

Die Affäre Hackebeil. Am Sonnabend wurde gegen den am Freitag festgenommenen Berliner Verleger Guido Hackebeil Haftbefehl erlassen. Im Zusammenhang mit der Affäre hat die Staatsanwaltschaft auch ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Aufsichtsratsmitglieder der Hackebeil A. G. eingeleitet. Es sind dies Generalkonsul August Strube aus Bremen, Geschäftsinhaber der Danatbank und Danatbankdirektor Wilhelm Schneider aus Berlin. Strube und Schneider stehen unter dem Verdacht des schweren Konkursvergehens, der Untreue und des Betruges. Beide hatten die Bilanz für das Geschäftsjahr 1926/27 unterzeichnet, in der ein Gewinn von 137 000 Mark ausgewiesen wurde. Durch Treuhänder wurde festgestellt, dass bei der Hackebeil A. G. damals schon ein Verlust von 87 000 Mark bestand. Auch sollen von Hackebeil dem Geschäft entnommene Effekten unverbucht

geblieben sein. Bei einem Gesamtkapital von 2 Millionen schuldete Guido Hackebeil der Gesellschaft 1 360 000 Mark.

Dem Beschuldigten Hackebeil wird neben seinen Aktienschiebungen und dem Konkursverbrechen auch zur Last gelegt, dass er auf Grundstücke der Gesellschaft zur Begleichung seiner persönlichen Schulden Hypotheken eintragen liess. In erster Linie dürfte der Beschuldigte zu seinen Betrügereien durch das Luxusleben, das er führte, gekommen sein. Sein Rennstall und sein Gestüt verschlangen ungeheure Summen. Auch das Rittergut Tzschecheln (Kreis Sorau) erforderte jährlich beträchtliche Zuschüsse.

\+ + +

Ein Ermittlungsverfahren. Direktor Brolat von der Berliner Verkehrsgesellschaft hat bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen sich beantragt. Gegen Brolat sind im Laufe der Sklarekverhandlungen wiederholt Vorwürfe laut geworden. Brolat führt in Begründung seines Antrages aus, dass er es sowohl als Mensch wie in seiner Stellung als Direktor der BVG nicht länger ertragen könne, grundlos unter dem Verdacht irgendeiner strafbaren Begünstigung zu stehen. Er wolle sich von diesem Vorwurf reinigen, indem jetzt seine Unschuld ein für alle Mal festgestellt werde.

"Die Neue Zeit" zurückgestellt. Die auf dem Kölner Ausstellungsgelände vorgesehene internationale Ausstellung des Deutschen Werkbundes "Die Neue Zeit" musste vorerst verschoben werden. Die beteiligten Stellen der Reichsregierung und der Industrie haben jedoch dem Ausstellungsleiter Professor Ernst Jäckh zugesichert, dass grundsätzlich an dem Plan festgehalten werden soll. Nur in Chikago wird augenblicklich eine Weltausstellung vorbereitet; als Titel ist "Ein Jahrhundert des Fortschritts" vorgesehen.

\+ + +

"Felseneck". Von den 44 Personen, die wegen der Nazischlacht in der Berliner Laubenkolonie "Felseneck" verhaftet worden waren, wurden 25 aus der Haft entlassen. Sieben Kolonisten befinden sich noch in Haft unter der Anschuldigung des versuchten Totschlags und 12 unter dem Verdacht des gemeinschaftlichen Totschlags.

\+ + +

Telefon nach Griechenland. Am Montag wird der Fernsprechverkehr Deutschland-Griechenland eröffnet. In Deutschland sind alle Orte, in Griechenland ist vorerst nur Saloniki zugelassen. Weitere griechische Orte, vor allem auch Athen, sollen in Kürze in den Sprechbereich einbezogen werden. Zwischen der ersten deutschen Zone und Saloniki kostet ein gewöhnliches Dreiminutengespräch 12,30 Mark.

\+ + +

Aerztinnen über § 218. Der Bund der Aerztinnen befragte sämtliche deutsche approbierten Aerztinnen über ihre Stellung zur Abschaffung des § 218. 2 836 Fragebogen wurden ausgesandt, jedoch nur 1 352 verwertungsfähig beantwortet. Von diesen 1 352 Aerztinnen stimmten 86 (6,4 %) für Beibehaltung des § 218, 283 (20,9 %) für Aufhebung, 983 (72,7 %) für Aenderung. Diese 983 Aerztinnen forderten die Anerkennung der medizinischen Indikation zur Schwangerschaftsunterbrechung unter Berücksichtigung des Lebens und der Gesundheit, zum Teil auch unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Frau. Für die rein soziale Indikation traten ohne Vorbehalt 32,8 % von den 983 Aerztinnen ein; bedingt vertraten sie 24 %; dagegen äusserten sich 37,2 %; 5,9 % enthielten sich ihrer Stimme. Besonders setzten sich die in der Grosstadt lebenden Aerztinnen für die Aufhebung des Paragraphen 218 ein.

Wirtschaft Technik Handel

Das "Rote Proviantamt".

Der Hallischen Tragödie letzter Akt - Eine wichtige Gerichtsentscheidung über die Nachschusspflicht der Genossenschafter.

SPD. In Halle hat sich der letzte Akt in der Tragödie des sogenannten "Roten Proviantamtes" abgespielt. Das "Rote Proviantamt" war einmal ein blühender Konsumverein, der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg angeschlossen war. Er geriet, nach einer hemmungslosen und infamen Agitation, unter die Herrschaft der Kommunisten. Diese erhielten hier Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Was dabei herauskam, ist fürchterlich. In kurzer Zeit war die einst blühende Konsumgenossenschaft in Halle zu Grunde gerichtet und ruiniert, in die Pleite getrieben. Warengläubiger und Sparer verlieren an dieser Tragödie eine runde Million Mark. Der Konsumgenossenschaftsgedanke ist im Hallischen Bezirk in weiten Kreisen miskreditiert. Die Krämer aber reiben sich die Hände. Es wird den Genossenschaftern viel Mühe und viel Arbeit kosten, um das verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Aber es wird geschehen.

Die Schlussterminverkündigung ist von grundsätzlicher Bedeutung. Bisher war man wohl der Anschauung, dass eine Genossenschaft ihren Konkurs beenden müsse. Man sprach dem Richter nicht das Recht zu, das Konkursverfahren wegen Mangels an Masse einzustellen. Tatsächlich ist auch, soviel wir wissen, noch kein Genossenschaftskonkurs in der Art beendet worden, wie jetzt in Halle. Der Hallische Konkursrichter hat in einer ausführlichen Begründung dargelegt, dass der Konkurs des Hallischen Konsumvereins nicht weiter durchgeführt wird: das Verfahren sei wegen Mangels an Masse einzustellen.

In der Begründung führte der Richter aus, dass zwar dem Konkursrichter nach dem Genossenschaftsgesetz untersagt sei, die Annahme eines Konkurses wegen Mangels an Masse zu verweigern. Das Gericht habe jedoch das Recht, nachdem der Konkurs ins Rollen gekommen sei, das Verfahren einzustellen, wenn sich ergebe, dass wegen Mangels an Masse praktisch eine Durchführung unmöglich sei. Die frühere Anschauung sei nun gewesen, einen Konkurs deshalb nicht oder vorläufig nicht einzustellen, weil den Genossenschaftsmitgliedern die Pflicht des Nachschusses obliege. Diese Anschauung gelte jedoch nur für Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur. In Zeiten einer derartigen Wirtschaftskrise und bei der unerhörten Not breitester Bevölkerungsschichten wäre eine Inanspruchnahme der Genossenschafter unmöglich, von denen bestenfalls nur ein kleiner Teil in der Lage wäre, die Haftsumme einzubringen. Dies umsomehr, weil die Pfändungsgrenze noch immer bei 192 Mark monatlich liege. Würde versucht die Haftsumme einzutreiben, so müssten bei diesem Stande der Dinge mehr Unkosten entstehen. Ausserdem habe die Gläubigerversammlung beschlossen, das Gericht zu ersuchen, von einer Eintreibung der Haftpflichtsumme abzusehen. Da im übrigen rund 80 000 Mark erforderlich wären, um das Verfahren weiter zu führen und sich niemand gefunden habe, der als Konkursverwalter oder als Gläubiger diese Summe vorzustrecken bereit sei, könne schon aus technischen Gründen dem Konkursverwalter nicht mehr zugemutet werden, mit eigenen Mitteln den Prozess weiter zu führen. Ein Gesetz, das irgendeine Person zwingen könne, den Konkursverwalter zu spielen und aus eigenen Mitteln das Verfahren zu bestreiten, gäbe es in Preussen nicht. Aus allen diesen Gründen und weil Masseschulden nicht mehr vorhanden seien, müsse daher das Verfahren eingestellt werden. Dem Gläubigerausschuss und dem Konkursverwalter seien die Mittel zur Befriedigung der entstandenen Unkosten, soweit noch

solche vorhanden sind, zur Verfügung zu stellen.
Der Konkursverwalter hatte fast 3 000 Mark in das Verfahren gesteckt. Sie kommen zu den übrigen Verlusten. Den Mitgliedern des Gläubigerausschuss sprach das Gericht für ihre Tätigkeit - sie wohnten rund 12 Sitzungen bei - je 500 Mark zu. Sie dürften die einzigen sein, die an dem Konkursverfahren und an dem kommunistischen Genossenschaftsabenteuer profitiert haben.

SPD. Angesichts der durch den Reichsernährungsminister Schiele betriebenen Verteuerung der Futtermittel, wozu sich noch das Unrecht gesellt, dass die kleinen Geflügelhalter den vom Reich zur Verfügung gestellten Mais teurer bezahlen müssen, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Aktion eingeleitet, die auf eine Verbilligung des Maisbezuges hinausläuft. Sie hat den Reichsernährungsminister aufgefordert, eine Regelung zu treffen, durch die jeder Geflügelhalter mit einer Bescheinigung seines Gemeindevorstandes über die Zahl des in seinem Besitz sich befindlichen Geflügels in dem entsprechenden Umfang das Recht auf verbilligten Maisbezug erhält. Dieser Vorschlag bedeutet lediglich eine Ausdehnung des bereits jetzt bestehenden Bezugsscheinsystems nur mit dem Unterschied, dass die Zahl der gehaltenen Hühner der Ausgabe von Bezugscheinen zugrunde gelegt wird und nicht die Zahl der bei den Genossenschaftsstellen abgelieferten Eier. Wo tausende von Existenzen, die sich nicht selten auf Anraten von amtlichen Stellen Hühnerhaltungen geschaffen haben, zusammenbrechen oder dicht vor ihrem Ruin stehen, müssen an sich berechtigte Erwägungen hinsichtlich des genossenschaftlichen Eierverwertung zurückgestellt werden. Wir erwarten, dass nach dem Einschreiten der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jetzt der gesamten deutschen Geflügelwirtschaft schleunigst Hilfe geleistet wird.

SPD. Im Berliner Wirtschaftsbezirk und auch anderswo sind die Milchpreis in den letzten Tagen erhöht worden. Das ist sicherlich blamabel für die ganze Preissenkung, selbst wenn es wahr ist, dass sich der sogenannte Preisdiktatur Dr. Goerdeler gegenüber dem Reichsernährungsminister Schiele verpflichtet hat, nichts gegen agrarische Preissteigerungen zu unternehmen, sofern Schiele - was allerdings nur seine, auch gesetzlich festgelegte, Pflicht ist - die vorhandenen Bestände an russischem Roggen benutzt, den Roggenpreis in Berlin nicht über 200 Mark pro Tonne steigen zu lassen. Abgesehen von diesen Dingen ist die Milchpreiserhöhung ein Beispiel dafür, wie man's nicht machen soll.

\+ + +

Die Butterpreise, die infolge der ständig sinkenden Kaufkraft der Verbraucher seit dem Sommer vorigen Jahres stark gefallen waren, haben sich in den letzten vier Wochen wieder erheblich erhöht. Die Ursachen dieser Preissteigerung von 97 auf 135 für Butter (erste Qualität) sind nicht allein auf den Mitte Januar erhöhten Butterzoll zurückzuführen, sondern auch auf Preissteigerungen am Weltmarkt. Nach England wird zurzeit sehr viel Butter eingeführt, weil ab 1. März auf alle Importe von England ein Zoll - 10 % des Wertes - erhoben wird. Infolgedessen hat auch der Weltmarktpreis für Butter stark angezogen, was wiederum eine preissteigernde Wirkung auf den deutschen Buttermarkt ausgeübt hat. Da die Milchpreise sich immer nach den erzielbaren Butterpreisen richten, ist in der verflossenen Woche von der Berliner Notierungskommission der Erzeugerpreis von 12,75 auf 16,25 Pfennige, also um 3,5 Pfennige pro Liter erhöht worden. Es bestand nun die Gefahr, dass die Kleinhändler, die stets jede Erhöhung des Erzeugerpreises voll auf den Verbraucher abwälzen, während sie den Ermässigungen des Erzeugerpreises nur sehr zögernd folgen, die Verbrauchermilchpreise auch um 3 bis 4 Pfennige erhöhen. Vom Oberpräsidium

der Provinz Brandenburg ist aber am Sonnabend verordnet worden, dass der bisherige Milchpreis nur von 24 auf 26 Pfennige erhöht werden darf, sodass also die Kleinhändler von der Erhöhung des Erzeugerpreises 1½ Pfennig tragen müsse:

Die ganze Regelung ist von grundsätzlicher Bedeutung. Der Erzeugerpreis, von dem man nicht sagen kann, dass er besonders günstig war, wird erhöht. Man muss in richtiger Beurteilung der Verhältnisse fordern, dass die Erhöhung ausschliesslich zu Lasten der Handelsgewinne geht. Wir stellen diese Forderung nicht auf, um gewisse Kreise im Verteilungsprozess zu schädigen, sondern aus rein volkswirtschaftlichen Ueberlegungen. Geht die Erhöhung der Erzeugerpreise zu Lasten der Verbraucher, dann stellt sich notgedrungen ein Konsumrückgang ein, Darunter werden Erzeuger und Händler leiden, also die ganze Produktion und Verteilung. Der Absatz kann nur behauptet werden, indem man die Verbraucherpreise nicht übersteigert. Dem hat man durch die vorliegende Regelung nicht Rechnung getragen. Die Erhöhung der Erzeugerpreise geht leider zum grössten Teil zu Lasten der Verbraucher und zu geringerem Teil zu Lasten der Händler.

Heute kann man schon sagen, dass die Verteuerung des Milchpreises um 2 Pfennige für den grössten Teil der Bevölkerung untragbar ist. Die eingetretene Milchverteuerung wiegt deshalb besonders schwer, weil hier keine Ausweichungsmöglichkeit besteht. Der Butterkonsum kann durch erhöhten Verbrauch von Margarine und Schmalz ersetzt werden, wie es unter Druck der Lohnreduzierungen und der Arbeitslosigkeit bereits in weitem Masse geschieht. Milch als Nahrungsmittel für Kinder und körperlich Schwachen ist dagegen nicht zu ersetzen. Jede Einschränkung des Milchkonsums bedeutet Verelendung und Verschlechterung der Volksgesundheit. Schon jetzt ist der Milchkonsum sehr niedrig. Die Molkereistatistik zeigt, dass seit einem Jahre der Absatz an Frischmilch um mehr als 10 Prozent im Reichsdurchschnitt zurückgegangen ist. Ganz besonders stark ist er natürlich in den Gegenden gesunken, in denen die Arbeiterschaft der wichtigste Teil der gesamten Verbraucherschaft ist. So ist in Berlin der Gesamtfrischmilchabsatz um 14 Prozent kleiner geworden; besonders wirkt sich die Verringerung der Kaufkraft im Flaschenmilchabsatz aus, also bei der Milchversorgung der kleinen Kinder. In Berlin ist der Flaschenmilchabsatz seit einem Jahre um mehr als ein Drittel genau um 37,1 Prozent, gesunken. Ebenso oder vielleicht noch stärker ist der Butterkonsum gefallen. Allein im Laufe des letzten Monats, über den die Molkereistatistik berichtet, ist der Butterabsatz um 7 Prozent zurückgegangen.

In dem verringerten Verbrauch von Frischmilch und Butter spiegelt sich also die katastrophale Notlage der Bevölkerung wider. Wenn aber schon bei den bisherigen niedrigen Preisen der Konsum derartig zurückgegangen ist, wie wird er erst bei den erhöhten Preisen nachlassen? Ungewollt, eben aus der bitteren Not heraus, wird ein Milchstreik einsetzen, der zu einem Zusammenbruch der Milchversorgung führen muss. Die Landwirtschaft wird aus den gestiegenen Milch- und Butterpreisen gar keinen Nutzen ziehen, denn der Konsum wird so stark zurückgehen, dass die Erlöse aus dem Verkauf von Milch und Butter wahrscheinlich nicht steigen, sondern fallen. Deshalb ist eine Erhöhung der Preise für Molkereierzeugnisse angesichts des ausserordentlich niedrigen Standes der Kaufkraft der Bevölkerung nicht nur für die Volksgesundheit schädlich, sondern sie bringt auch der Landwirtschaft keinen Nutzen. Aus diesen Gründen wenden wir uns ganz energisch gegen die jetzige Steigerung der Preise für Molkereiprodukte.

Diese Stellungnahme hat mit unserer grundsätzlichen Haltung zu den Agrarpreisen nichts zu tun. Wir sind stets, und tun es auch heute noch, für ausreichende Agrarpreise und für ein gerechtes Verhältnis zwischen den Getreide- und Veredelungsproduktenpreisen eingetreten. Zurzeit liegen die Brot- und Futtergetreidepreise gegenüber den Milch- und Butterpreisen weit überhöht. Dieses Missverhältnis durch eine Steigerung der Preise für die Veredelungsprodukte (Milch, Butter usw.) ausgleichen zu wollen, ist aber völlig ausgeschlossen. Die Verbraucher sind nicht in der Lage, höhere Preise bezahlen zu können.

Jede Preissteigerung also wird als Antwort eine Verstärkung des Konsumrückgang finden. Ein weiterer Rückgang des Milchabsatzes hat aber nicht wieder gut zu machende Folgen für die Volksgesundheit.

Deshalb erwarten wir von der Regierung sofortige Massnahmen, um den Milchkonsum für den notleidenden Teil der Bevölkerung sicher zu stellen.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie nahm in der verflossenen Woche zu der gegenwärtigen Lage Stellung. Man hat dieser Tagung des Reichsverbandes mit vieler Spannung entgegen gesehen. Was bei den Verhandlungen herausgekommen ist, wirkt enttäuschend, geradezu niederschmetternd. Das Ergebnis der Verhandlungen der verflossenen Woche soll in einem "Sofortprogramm" zusammengefasst werden. Dieses Sofortprogramm wird sehr bedenkliche Forderungen enthalten.

Das gilt nicht nur hinsichtlich der handelspolitischen Einstellung des Reichsverbandes, für die ja schon die rheinisch-westfälische Schwerindustrie während der letzten Tage in der Oeffentlichkeit den Boden vorbereitet hat. Der Reichsverband scheint sich den Forderungen der Schwerindustrie, die vor allem auf Absperrmassnahmen gegen England hinauslaufen (Kohleneinfuhr usw.) anschliessen zu wollen. Unter vielen Wenn und Aber fordert der Reichsverband von der Reichsregierung "höchste Aktivität auf handelspolitischem Gebiet", die sich aber in "Absperrmassnahmen gegen unerwünschte Einfuhr", d.h. die den Interessentengruppen unwillkommene und unangenehme Einfuhr erschöpfen soll. Der deutsche Handel hat sich selbstverständlich gegen überstürzte Absperrmassnahmen des Auslandes zu verteidigen. In der Einstellung des Reichsverbandes kann man aber nicht eine zweckentsprechende Verteidigung erblicken. Deutschland ist eben seit längerer Zeit das Land mit beispiellos grossen Ausfuhrüberschüssen. Dass Drohungen eines solchen Landes mit Absperrmassnahmen gegen Länder mit grossen Einfuhrüberschüssen blinde Schüsse sind, versteht sich wohl von selbst. Mit den Methoden des Reichsverbandes wird man auf handelspolitischem Gebiet wohl nicht viel profitieren.

Trotz der Schwere der Wirtschaftslage scheinen die im Reichsverband der deutschen Industrie organisierten Unternehmer noch nicht von der alten Neigung abgekommen zu sein, die Krisennot zu benutzen, um besondere scharfmacherische Projekte durchzudrücken. Die neuen Forderungen des Reichsverbandes scheinen sich wieder mal gegen Lohn und Lohntarif richten zu wollen. Geheimrat Kastl, der darüber referierte, beteuerte, dass man nicht daran denke, das System der Tarifverträge anzugreifen". Es handle sich nur um eine "Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten". Erzielt werden solle eine "freie Vereinbarung im besonderen über den Arbeitslohn". Der Kampf um Lohn und Tarif wird also in den nächsten Tagen von neuem aufflammen.

Geradezu hahnebüchen ist es, dass der Reichsverband die Beseitigung der Lohnbindungen fordert, aber nicht daran denkt, die Preisbindungen, die überhöhten Kartellpreise, zu beseitigen. In der Rede Kastls wird die Regierung noch mals besonders vor "Eingriffen in die private Rechtsphäre" des Unternehmertums gewarnt. Das dürfte sich auf die Kartellpreise beziehen, dann aber auch auf die Neuordnung bei den Banken, wo man dem Reich wohl zumutet, das Geld der Steuerzahler zur Verfügung zu stellen, ihm aber die Kontrolle und die Beteiligung verweigert.

Wie die ganze Geistesbeschaffenheit des deutschen Unternehmertums gegenwärtig ist, sieht man an einer Mahnung, die der Textilindustrielle Frowein aussprach und die sich scharf "gegen die von Reich, Ländern und Gemeinden gewährten Subventionen richtet, wenn sie auch in Form von Steuererleichterungen aus arbeitspolitischen Gründen erfolgten." Der Reichsverband hat die Mahnung Froweins unterstrichen. Das Reich wird mit dieser Mahnung zufrieden sein und wird ihr um so schneller nachkommen können, je weniger die Reichsstellen von

Unternehmern überlaufen werden,die immer wieder neue Subventionen vom Reich fordern.

Hinsichtlich der Bestrebungen, auf dem Gebiet der internationalen Währungs=, Kredit= und Handelspolitik Ordnung zu schaffen,betont der Reichsverband, dass eine solche Regelung nur Erfolg haben könne, "wenn in der Reparationsfrage die notwendige Klärung herbeigeführt sei." Sofort müssten allerdings Massnahmen durchgeführt werden,die geeignet seien, "eine Erleichterung der gegenwärtigen Situation im Sinne einer Milderung der Auswirkungen der Deflation herbeizuführen. Dabei müsse man sich allerdings ebenso vor kreditpolitischen Experimenten hüten,die zu einer Bedrohung der Währung führen müssten,wie vor der Illusion,dass durch ein künstliches Arbeitsbeschaffungsprogramm irgendwelche dauernde Erleichterung eintreten könne."

In einem Vortrag über Werkssparkassen verteidigte Dr.Herle diese Einrichtungen. an denkt also nicht daran,diese gefährlichen Sparkassen zu beseitigen

---

Deutscher Roggen teurer.

(Berliner Getreidebörse vom 20.Febr.)

SPD. Nach den letzten Preisrückgängen am Weizenmarkt ist das Angebot an Weizen wieder ausserordentlich knapp geworden. Die Landwirte zeigen wenig Neigung, zu den letztnotierten Preisen Ware anzugeben. Immerhin wurden auch am Sonnabend die Notierungen für prompte Ware um 1 Mark herabgesetzt. Der Roggenmarkt wurde insbesondere durch das reichliche Angebot an russischem Roggen beeinflusst, das zu billigeren Preisen zur Verfügung stand.Infolgedessen gingen die Notierungen für prompten Roggen um 2 Mark zurück.Deutsche Ware,die sehr knapp war,wurde mit nicht unbedeutenden Aufpreisen bezahlt.Am Markte der Zeitgeschäfte hatte Weizen unveränderte Notierungen,während Roggen 2 Mark verlör. Mehl hatte weiter schleppendes Geschäft. In beiden Sorten lauteten die Forderungen der Mühlen unverändert.Für Hafer ist die Stimmung ruhiger geworden.Die Forderungen der Eigner sind nicht ermässigt;es finden nur kleine Umsätze statt

	19.Febr.	20.Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	247 - 249	246 - 248
Roggen	200 - 202	198 - 200
Braugerste	163 - 170	163 - 170
Futter= und Industriegerste	156 - 161	156 - 161
Hafer	150 - 157	149 - 156
Weizenmehl	30,50 - 34,50	30,25 - 34,50
Roggenmehl	28,10 - 29,75	28,00 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 9,90	9,80 - 10,00
Roggenkleie	9,65 - 9,90	9,80 - 10,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 260-260¾ (Vortag 261),Mai 269-268½ (269), Roggen März 201-202¾ (204½), Mai 210-210½ Geld (212), Hafer März 161-162 (162), Mai - bis 170½ (169).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch,die nach Berlin zur Lieferung gelangt,betragen je Liter frei Berlin für die Woche vom 19.bis 25.Februar für A=Milch 16,25, für tiefgekühlte A=Milch 16,75, für B=Milch 10, für tiefgekühlte B=Milch 10,50, für molkereimässig bearbeitete Milch 18 Pfg. Die A=Milchmenge ist auf 75 Prozent des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Not in den Gruben.

Ein Schritt der Bergarbeiterverbände.

SPD. Im Reichsarbeitsministerium wie im preussischen Handelsministerium fanden dieser Tage Besprechungen der Bergarbeitergewerkschaften mit den Regierungsstellen über die unhaltbaren Zustände im Bergbau statt. Die Schilderung der in jüngster Zeit auf den Gruben eingerissenen Missstände und der furchtbaren Not der Bergarbeiterfamilien infolge der Arbeitslosigkeit und des Lohndrucks blieben nicht ohne Eindruck auf die Regierungsvertreter. Eine alsbaldige Ueberprüfung und Beseitigung der Beschwerdepunkte wurde zugesagt.

Die Arbeit des Bergmanns wurde auf der vor kurzem stattgefundenen Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes als "Quälerei und Menschenschinderei" bezeichnet. Das ist keine Uebertreibung. Der plötzlich wieder auch aus den Reihen der Christen hervorbrechende Ruf nach Sozialisierung des Bergbaus hat schon seine guten Gründe: die Zustände auf den Zechen, vor allem im Ruhrgebiet sind unerträglich geworden.

Allein im Ruhrbergbau sind zurzeit 114 000 arbeitsuchende Bergarbeiter vorhanden; 219 000 sind noch beschäftigt. Da die Entlassungen nicht aufhören, wird man bald von einer Kürzung der Belegschaft auf die Hälfte des Standes vom Jahre 1930 sprechen können. Dabei ist zu beachten, dass die Zahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter noch nicht einmal alle Arbeitslosen des Bergbaues erfasst; denn sehr viele erwerbslose Bergarbeiter werden heute schon gar nicht mehr gezählt. Trotz dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit nimmt die Kurzarbeit im Bergbau nicht ab, sondern zu. Während im letzten Jahr im Ruhrbergbau pro Mann und pro Monat im Durchschnitt 3,11 Feierschichteneingelegt wurden, betrug die Feierschichtenzahl im Januar sogar 4,02. Das Schlimmste dabei ist, dass diese Feierschichten keineswegs gleichmässig verteilt werden, was sich eigentlich von selbst verstehen sollte. Es ist keine Seltenheit, dass Bergarbeiter auf einer Schachtanlage 25 bis 30 Schichten verfahren, während Arbeitskollegen der gleichen Schachtanlage nur mit 15 Schichten im Monat rechnen dürfen. Diese Ungerechtigkeiten sind eine Folge des auf zahlreichen Zechen eingerissenen Unfugs, während den Feierschichten die Wagen vollsetzen zu lassen, d. h. man bevorzug bestimmte Gruppen der Belegschaft in den Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten. Diese unterschiedliche Behandlung, bei der recht willkürlich verfahren wird, hat innerhalb der Bergarbeiterschaft grenzenlose Erbitterung hervorgerufen.

Das Lohnelend der Bergarbeiter ist durch den wiederholten Abbau furchtbar drückend geworden. An der Ruhr sind die durchschnittlichen Eeffektivlöhne bis Ende des vorigen Jahres um 14 % gesunken. Dazu kam ab Januar aufgrund der Notverordnung eine weitere Senkung um 10 %. An vielen Orten sind die Monatsverdienste der Bergarbeiter infolge der Feierschichten und des Lohnabbaus niedriger als die Bezüge der Wohlfahrtserwerbslosen. In vielen Bergarbeiterfamilien herrscht bittere Not. Nirgends zeigt sich ein Hoffnungsstrahl.

Die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften haben bei den Verhandlungen in Berlin mit schärfstem Nachdruck eine Aenderung dieser unhaltbaren Zustände gefordert. Sie verlangten vor allem: Beseitigung des Vollsetzens von Förderwagen an den Tagen, an denen auf den Zechen wegen Absatzmangel gefeiert wird,

und Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens 40 Stunden oder Einführung des Krümpersystems, solange die 40 stündige Arbeitswoche noch nicht durchgeführt ist. Weiter forderten die Bergarbeitervertreter dringend eine Beseitigung der unbilligen Härten, die durch das lohnpolitische Unrecht in Bergarbeiterkreisen geschaffen worden ist. Nur eine baldig durchgreifende Preissenkung, so betonten die Wortführer der Bergleute, könne den Schaden wieder gutmachen, den die staatliche Lohnpolitik der letzten Zeit angerichtet hat. Die bisherige Preissenkung stehe jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Lohnsenkungen.

Hoffentlich führt der Schritt der Bergarbeiterverbände recht bald zu einer Beseitigung der geschilderten Missstände. Der heutige ungeregelte Beschäftigungsgrad muss sofort beseitigt werden. Eine gerechtere Verteilung des Arbeitsquantums muss sobald wie möglich erfolgen, ob durch Krümpersystem oder durch 40-Stundenwoche, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, dass bald in den Grubenrevieren überhaupt etwas geschieht, damit der ungeheure Druck der Krisennot gemildert und der willkürlichen Behandlung der Bergarbeiter durch die Zechenverwaltungen ein Ende gemacht wird.

Regierung, tummle Dich! In den Grubenrevieren schwelt's und glimmt's.

SPD. Das Zugabeverbot ist im Reichsrat in einer Form angenommen worden, die auch von gewerkschaftlicher Seite geäusserten, arbeitsmarktpolitischen Befürchtungen wenigstens bis zu einem gewissen Grade Rechnung trägt. Die Anträge der Zugabegegner sind zum Teil abgewehrt worden. Die letzte Entscheidung hat der Reichstag. Zunächst kommt die Zulageverbotsvorlage in den Volkswirtschaftlichen Ausschuss. Bis zum Inkrafttreten des Zugabeverbots wird also, ganz abgesehen von der vorgesehenen Uebergangsfrist, noch einige Zeit vergehen.

SPD. In der kommenden Woche finden im preussischen Handelsministerium Besprechungen mit den Gewerkschaften über die Lehrlingsnot statt. Die Behörden müssen unbedingt gegen diese Not etwas unternehmen; denn sie nimmt allmählich bedenkliche Formen an. Die Stillegungen und Einschränkungen der kleineren und mittleren Betriebe haben viele Lehrlinge gezwungen, ihren Lehrgang zu unterbrechen und die Innungen kümmern sich leider recht wenig um diesen bedauerlichen Missstand; jedenfalls sorgen sie nicht genügend dafür, dass der eine oder andere Lehrling wenigstens in einen verhältnismässig noch gut gehenden Betrieb wieder unterkommt. Nach Ostern melden sich neue Lehrlinge. Was soll aus ihnen werden? Ihre Unterbringungsmöglichkeiten werden durch das Eindringen der Abiturienten in Industrie und Handwerk noch mehr beeinträchtigt.

Unter diesen Umständen kommt der Abbau bei den Berufsschulen einem richtigen Schildbürgerstreich gleich. Gerade die Berufsschule könnte für die Fortbildung der Lehrlinge noch eine gewisse Hilfe bieten.

SPD. Im Reichsfinanzministerium fand am Sonnabend nachmittag eine Festsitzung des Hauptbetriebsrats statt. Die Veranlassung dazu war das zehnjährige Bestehen des Hauptbetriebsrates im Finanzministerium. An der Festsitzung nahm neben Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen auch der Reichsfinanzminister Dietrich mit seinem ganzen Stab von Ministerialräten und Regierungsräten teil.

Der Vorsitzende des Betriebsrates betonte in seinem Rückblick auf die letzten zehn Jahre, dass das Einvernehmen zwischen Ministerium und Betriebsrat im allgemeinen ein gutes gewesen sei und viel zum Ausgleich der Differenzen beige-

tragen habe. Der Reichsfinanzministerunterstrich in seiner Antwort die Tatsache, dass der Hauptbetriebsrat eine bedeutsame Einrichtung der nachkriegszeitlichen sozialen und arbeitsrechtlichen Politik darstelle. Er versprach auch für die Zukunft gutes Einvernehmen.

Im Auftrag der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften nahm Stat[illegible]er vom Gesamtverband da[illegible] Wort. Die Reichsregierung, betonte Stetter, müsse nun[illegible]lich erkennen, dass in der Belastung der Arbeitnehmerschaft nunmehr die [illegible]oberste Grenze erreicht sei. Die Regierung müsse mit einem neuen Vorstoss [illegible]eissenkung hinarbeiten.

SPD. Die von den Wohlfahrtsdezernenten der rheinischen Städte beschlossene Herabsetzung der Unterstützungssätze für die Wohlfahrtserwerbslosen um 2 Mark ab 1.März und weitere 2 Mark ab 1.April soll zunächst nicht zur Durchführung kommen. Das preussische Innenministerium hat sich selbst die Entscheidung über etwaige Beschlüsse der Stadtverwaltungen vorbehalten und diese in die Hand der Regierungspräsidenten als unmittelbare Aufsichtsbehörde gelegt. Auf Grund dieser Vollmacht hat bereits der sozialdemokratische Regierungspräsident in Düsseldorf Einspruch gegen den Beschluss der Düsseldorfer Stadtverwaltung erhoben und damit die Kürzung um 2 Mark ab 1.März verhindert.

SPD. Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten hat längst so gut wie aufgehört. Die Wanderungswelle läuft jetzt in umgekehrter Richtung, d.h. von Amerika hinweg. Das wird am besten aus den neuen bundesamtlichen Einwanderungsstatistiken ersichtlich. Danach betraten im November des vergangenen Jahres, d.h. in dem letzten zahlenmässig erfassten Monat nur 2 899 Einwanderer die Gestade der Neuen Welt, während in dem gleichen Monat 11 318 ordnungsmässig zugewanderte Ausländer die Vereinigten Staaten verliessen. Um sich der Bedeutung dieser Zahlen richtig bewusst zu werden, muss man sich vergegenwärtigen, dass die Zahl der im November zugewanderten Ausländer die niedrigste seit dem Jahre 1831, also seit genau 100 Jahren, ist.

Für die 100%igen Amerikaner, die glauben und aussprechen, dass die amerikanischen Einwanderungsgesetze auch in ihrer gegenwärtigen schikanösen Handhabung noch nicht scharf genug seien, zeigen diese Zahlen wohl endlich klar und deutlich, dass nunmehr auch beim besten Willen bei der Einwanderung nichts mehr einzuschränken übrig bleibt.

Ein Vergleich der Einwanderungsziffern für den Monat November der Jahre 1926 bis 1931 beleuchtet krass die Situation. Danach trafen im November 1926 = 30 756 Einwanderer in amerikanischen Häfen ein, im November 1927 = 27 758, im November 1928 = 24 805, November 1929 = 21 522, November 1930 = 9 209 und November 1931 = 2 899. Diese fünfjährige Einwanderungskurve zeigt einen Rückgang von über 90 Prozent. Das ist ein Abfall, für den nicht so sehr wirtschaftliche Zustände und Schwierigkeiten verantwortlich zu machen sind, als vielmehr die Machenschaften einer verknöcherten Bürokratie, der es an internationalem Verständnis und jeglicher internationaler Rücksichtnahme fehlt, und die das Gesetz in falsch verstandenem Eigeninteresse in sein gerade Gegenteil verkehrt.

Auch wenn man heute davon überzeugt sein mag, dass die Epoche europäischer Auswanderung nach Amerika nicht nur zeitlich, sondern für immer und unwiderruflich ihr Ende erreicht hat, wird die amerikanische Bundesregierung gut daran tun, sich bald von dem Odium eines rücksichtslosen Vorgehens gegen die Einwanderer zu reinigen.